

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, am Sonntag und Feiertagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Straßband 4,- M. Die "Freiheit" ist in den ersten Lieferungen der Postverzeichnisse für 1919 eingetragen.

Jahresrate fallen die achtgrößten Nonpareil-Beile über deren Raum 1,20 M., Wertanfragen das freigelegte Wert 20 Pf., jedes weitere Wert 25 Pf. Feuerungszahlung 50 Pf. Familien- und Veranlagungsanfragen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13
Fernsprecher: Amt Norden 9768

STREIFPILZ

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Aufnahme des Friedensschlusses.

Keine Kundgebungen in England.

Amsterdam, 24. Juni.

Reuter meldet aus London: Die Nachricht, daß die Deutschen zugestimmt haben, zu unterzeichnen, wurde in London ruhig aufgenommen. Es wurden keine Kundgebungen veranstaltet wie beim Waffenstillstand.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Zweifelhaft, ob schon am Mittwoch möglich.

Paris, 23. Juni, 7 Uhr abends. (Reuter.)

Es ist jetzt sehr zweifelhaft, ob der Friedensvertrag schon am Mittwoch unterzeichnet werden kann, da weder die Deutschen noch die Italiener bereits ihre Bedenklichkeiten erannt haben. Außerdem muß der Vertrag auf Pergament gedruckt werden. Es wird auch notwendig sein, die Beglaubigungsschreiben der hunderte von Bevollmächtigten, die ihn zu unterzeichnen haben werden, zu prüfen.

Der abgebrochene Vormarsch der Franzosen auf Frankfurt.

T. U. Frankfurt a. M., 24. Juni.

Um 6 Uhr besahen französische Patrouillen von Frankfurt vor Ort Dödelheim. Diesen Patrouillen folgten kurz nach 6 Uhr große Infanteriemassen, Tankgeschwader, Automobilsolonnen, Bajonetts und Panzerautos. Mit dem Glodenschlag 7 Uhr begann der Vormarsch der Franzosen auf Frankfurt a. M. Als sie den Stadteil Dödelheim erreicht hatten, behielten die Truppen die Mittelstadt, daß hoch den Rückmarsch befohlen habe. Die Franzosen zogen sich darauf über Dödelheim aus dem Frankfurter Stadtgebiet zurück. Im Vorort Zeaunheim hatte französische Kavallerie bereits den Kriegszustand proklamiert, den Bewohnern befohlen, die Fenster zu schließen und sich von den Straßen zu entfernen. In Dödelheim setzte um 7 Uhr 10 Min. zur Begründung des Friedensschlusses Schussfeuer ein. Von Frankfurt aus kann Schlüsselschüssen und Mörser ein. Von Frankfurt aus kann Schlüsselschüssen und Mörser ein. Von Frankfurt aus kann Schlüsselschüssen und Mörser ein.

Die Verankerung der deutschen Kriegsschiffe.

Admiral von Reuter kommt vor ein Kriegsgericht.

Amsterdam, 24. Juni.

Dem "Telegraaf" zufolge melden die "Times", daß Konteradmiral von Reuter wegen Verletzung der Bestimmungen des Waffenstillstandes betreffs der internierten deutschen Schiffe vor ein Kriegsgericht gestellt werden wird. Der alliierte Rat in Paris wird den Termin für den Prozeß festlegen. Aus den früheren Mitteilungen geht hervor, daß die Deutschen für die Abführung der Schiffe den Ausenbild wählten, wo eine große Zahl britischer Kriegsschiffe zu Labungen in die See gegangen war.

Frankreich will Schadenersatz.

Paris, 24. Juni. (Dobas.)

Die Budgetkommission der Kammer ordnete einen Ausschuh zum Ministerpräsidenten ab, um ihn zu fragen, ob die Regierung augenblicklich Auskunft geben könne, unter welchen Bedingungen die deutsche Flotte versenkt wurde und welche Maßnahmen die Regierung zu treffen gedente, um Frankreich vor dem Schaden zu schützen, der ihm durch die Verhinderung der Flotte entstehen könne, von der ein Teil Frankreich zufallen sollte.

Was geht im Osten vor?

Unter dieser Ueberschrift schreibt die "Post": "Wie an Regierungskreise erklärt wird, liegen dort positive Meldungen aus dem Osten nicht vor, weil anscheinend die Drahtverbindung mit dem Osten unterbrochen ist." Diese Erklärung deutet darauf hin, daß die von uns schon

wiederholt angezeigten Ereignisse, mit denen man für den Fall der Unterzeichnung des Waffenstillstandes und der sich daraus ergebenden Freigabe unserer Ostmark rechnen mußte, ihre Schatten bereits vorauswerfen. Die nächsten Stunden schon dürften und im Osten vor Tassachen stellen."

Die Nachricht, daß die Drahtverbindung mit dem Osten unterbrochen ist, ist unrichtig. Denn erst heute vormittag erhielten wir aus Thorn das folgende Telegramm:

Die Thorer sozialdemokratischen Arbeiter sprechen sich sehr gegen die Bestrebungen aus, in der Ostmark kriegerische Maßnahmen gegen Polen zu ergreifen, um im Osten einen neuen selbständigen Staat zu erhalten. — Der Freitrag gegen den Gewaltakt, der Westpreußen Land und Volk wie Ware an einen anderen Staat veräußert, wurde erneuert. Die sozialdemokratischen Arbeiter Thorns stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß für die geistliche Fortentwicklung unserer kulturellen Verhältnisse das Verbleiben bei der deutschen Republik nötig ist.

Sie geben der Hoffnung Ausdruck, daß die proletarische Umkurbewegung in der Welt dereinst Mächtigkeit geben wird, das heute vergewaltigte Recht der Selbstbestimmung auszuüben. — Jeder als unter der deutschen Regierung wählige Arbeiter, deutsche wie polnische, unter polnischer Herrschaft zusammenstehen, damit sie nicht überwältigt und getechnet werden.

Ueberall Hochverratsprozesse.

Bremen, 23. Juni.

Der Hochverratsprozeß gegen den früheren Soldatenratsvorsitzenden Liebh aus Kuzhausen, der im Februar den Oberbefehl über die bewaffneten bremischen Arbeiter führte und fünf Genossen, wurde heute nach achtstündiger Verhandlung zu Ende geführt. Liebh wurde zu 3 Jahren, Obadowsky zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt.

München, 23. Juni.

Vor dem Münchener Landgericht kamen wieder zwei bemerkenswerte Hochverratsprozesse zur Verhandlung. Der Schriftsteller Dr. Weichte wurde wegen Beihilfe zu einem Verbrechen des Hochverrats zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt, da er in dem Versteck, materiellen Vorteil für sich zu gewinnen, in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift für die Rote Armee gemorben hat.

Heute begann die Verhandlung gegen den in der sozialistischen Bewegung der vergangenen Monate beteiligt gewesenen Volksschullehrer Ernst Riedisch aus Augsburg wegen Verbrechens des Hochverrats. Zur Verhandlung, die mehrere Tage dauern wird, sind u. a. mehrere Minister als Zeugen geladen.

Sympathietundgebung der Frankfurter Eisenbahner.

Frankfurt a. M., 22. Juni.

Mehrere tausend Eisenbahnbeamte und Eisenbahnarbeiter des Direktionsbezirks Frankfurt a. M. haben heute einstimmig den militärischen Maßnahmen der Regierung im Eisenbahndirektionsbezirk Erfurt sowie der Mäßregelung und Verhaftung der Leiter der Bewegung widergesprochen und sich an die Seite der Erfurter Berufsgenossen gestellt und erklärt, das Matrosen sei das einzige Mittel zur Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung. Die Bewegungen der letzten Zeit in verschiedenen Teilen des Staatsbahnbereiches hätten mit politischen Purtschen nichts tun, sondern rührten von dem Verhalten des Eisenbahnministers und der Staatsregierung gegenüber den Forderungen der Eisenbahner her. Sie forderten die sofortige Entlassung der in Erfurt verhafteten Eisenbahner.

Das neue italienische Kabinett.

Rom, 23. Juni. (Agencia Stefani.)

Das neue Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Vorkanzler und Außenminister: Nitti, Außenminister: Tittoni, Kolonien: Luigi Rossi, Justiz: Motara, Finanzen: Tedesco, Schatz: Schanzer, Marine: Konteradmiral Secchi, öffentlicher Unterricht: Vaccelli, öffentliche Arbeiten: Aniano, Transport: Davito, Industrie, Handel, Arbeit und Beschäftigung: Dante Ferrari, Post und Telegraphen: Chiaventi, Militär und Pension: Daddano, befreite Gebiete: Cesare Rava.

Kein Vertrauen.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie in der deutschen Nationalversammlung hat dem von der Regierung vorgelegten Koalition ihre Zustimmung mit einer scharf formulierten Erklärung verweigert, worin sie ihr Mißtrauen gegenüber der Politik dieser Regierung zum Ausdruck brachte.

Die Erklärung der Unabhängigen Sozialdemokratie wird volle Zustimmung nicht nur in den Reihen der Arbeiterkassen finden, sondern darüber hinaus auch in all jenen Kreisen, die sich noch das Gefühl für Klarheit und Wahrheit auch in der Politik bewahrt haben. Der neue Ministerpräsident Bauer hat verkündet, daß er die Politik seines Vorgängers fortsetzen wolle. Wodurch aber zeichnete sich diese Politik aus? Noch außen war sie hinterhältig und ohne leitende Gedanken, im Innern brutal nach unten, feige nach oben. Wenn die gegenrevolutionären Bestrebungen immer mehr an Boden gewinnen könnten, so war es allein die Schuld der Regierung Scheidemann. Die Arbeitermassen mußten mit steigender Erbitterung zusehen, wie ihnen eine Ertrungsschicht nach der andern mit Gewalt oder List aus den Händen gewunden wurde, wie dagegen das kapitalistische System, das sie schon erschüttert glaubte, fester als je verankert wurde. Der Militarismus, der in den Novembertagen zusammengebrochen war, ist wieder auferstanden worden, er fühlt sich im Innern stärker als je zuvor.

Eine Klarheit hat aber immerhin der Regierungswechsel gebracht. Konnten die Rechtssozialisten sich bisher darauf berufen, daß ihr Einfluß in der Regierung durch Demokraten und Zentrum geteilt worden sei, so fällt dieser Einwand jetzt fort. Die Rechtssozialisten bilden jetzt die große Mehrheit in der Regierung, und was das Entscheidende ist, sie haben die politisch einflussreichsten Ämter in Händen, wogegen das Zentrum aus durchsichtigen Gründen sich damit begnügt, die Fachefforts zu übernehmen. Was also künftig unter dieser Regierung geschieht, dafür tragen ohne jede Einschränkung die Rechtssozialisten die Verantwortung. Es gibt jetzt kein Ausweichen mehr, keine Verufung auf den durch die Koalition geklaffenden Zwang.

Schon die erste Tat unter der Regierung Bauer zeigt jedoch, daß sie nicht gewillt ist, die Bahnen ihres Vorgängers zu verlassen. Was hätte das Programm einer Regierung enthalten müssen, die entschlossen gewesen wäre, ein wirklich volksdienliche Politik zu treiben? Das erste wäre gewesen, die Wiederherstellung der Meinungs- und Pressefreiheit zu verkünden, die politischen Gefangenen aus ihren Gefängnissen zu befreien, eine Amnestie für alle die vorzubereiten, die wegen politischer Vergehen verfolgt werden oder bestraft worden sind. Die rechtssozialistische Mehrheit in der Regierung, wenn sie auch nur noch eine Erinnerung an ihre Vergangenheit hätte, mußte als Vorbedingung ihrer Tätigkeit die schnellste Verwirklichung des Sozialismus, die Durchführung der gegenrevolutionären Forderungen der Arbeiterkassen ansetzen.

Dazu wäre selbst in diesen krisenwogenen Stunden wohl noch Zeit gewesen, aber nichts von alledem haben wir gehört, dagegen hat Rote die notwendige Zeit gefunden, um auf Grund des sogenannten Gesetzes über den Belagerungszustand Ausnahmegesetzungen zugunsten der Regierungstruppen zu schaffen, die Arbeiter mit den härtesten Gefängnisstrafen zu bedrohen. Nichts von Aufhebung des Belagerungszustandes und des Standrechts, dagegen neue Verbote gegen Zeitungen, die den Interessen der Arbeiterkassen dienen. Glaubt man dadurch das Vertrauen der Arbeiter für die künftige Politik der Regierung Bauer gewinnen zu können?

Man wird dieses Vertrauen nicht gewinnen. Die Arbeiterkassen wird, wie das die Erklärung der Unabhängigen Fraktion ausführte, in schärfster Gegnerschaft zu dieser Regierung stehen. Die Politik Scheidemanns, die von Bauer fortgesetzt werden soll, wird die Erbitterung der Arbeiter immer weiter steigern.

Todtem müssen wir immer wieder die Arbeiterkassen davor warnen, sich durch diese berechtigte Erbitterung zu Handlungen hinreißen zu lassen, die die Stellung der Regierung nur kräftigen könnte. Die stärkste Stütze der Regierung bilden die Truppen ihres Koske. Nach dem Wesen

gründungen des Friedensvertrages ist sie gelungen, die Zahl dieser Schritte wesentlich zu verringern, aber die Aufklärung der Verbände kam, in Übereinstimmung mit einer Kommission der Parteien in einer Frist erfolgen, die der Regierung gestattet, noch auf lange Zeit hinaus sich auf das System der Gewalt zu stützen. Der Vorwand der deutschen Regierung, daß sie einer starken Truppenmacht bedürfe, um Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten, wird ohne Zweifel auf Verständnis und bereitwilliges Entgegenkommen bei der Entente stoßen.

Deßhalb ist es für eine Gewaltenteilung erwünscht, wenn es, wie gestern in Berlin, und am Sonnabend in Rom, zu Annäherungen käme, die den Regierungstruppen Gelegenheit zum Einrückten gäben. Die sozialistische Arbeiterbewegung hat mit diesen Vorgängen nichts zu tun. Es ist sicher, daß die Arbeiterbewegung nicht um den urteillosen Teil der Bevölkerung zu unüberlegten Taten aufzufahren. Dem muß mit allen Mitteln entgegen gewirkt werden. Die Arbeiterbewegung läßt ihren Kampf nicht mit Wankungen und Ausläufen, die ein willkommenes Ziel für Maschinenwörter und Handgranaten sind, sondern sie hat andere, weit wirksamere Waffen zu ihrer Verfügung, und diese Waffen werden gebraucht werden, nicht wenn die Regierung es für nötig hält, sondern wenn die Arbeiterbewegung selbst den Zeitpunkt für gekommen sieht, in dem sie Gebrauch davon zu machen hat.

Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß die Regierung Bauer kein langes Dasein finden wird. Auf die außerordentlichen Schimpereien der rechtsstehenden Organe darüber, daß diese Regierung sich zur Unterzeichnung des Friedensvertrages ergibt, ist allerdings kein entkehlendes Geschrei zu legen. Wie das Kabinett Scheidemann, so wird auch das Kabinett Bauer sich Mühe geben, durch realistische Verhandlungen das Vertrauen der Bourgeoisie in allen ihren Schattierungen zu gewinnen. Es besteht ja keine Gefahr, die Hoffnung aller Gegenrevolutionäre. Von dieser Seite also dürfte ihm keine besondere Gefahr drohen, zumal es sich ohne Zweifel nach der Unterzeichnung des Vertrages einer Umwidlung unterwerfen und die Demokraten zur Teilnahme an der Regierung einladen wird. Je schneller aber die Regierung Bauer das Vertrauen der Bourgeoisie gewinnt, desto schärfer wird das Mißtrauen sein, mit der ihr vom Proletariat begegnet wird.

Die Regierung Scheidemann hat sich darauf berufen, daß vor Unterzeichnung des Friedensvertrages an die Durchführung der sozialistischen Forderungen nicht gedacht werden könne. In wenigen Tagen wird der Vertrag unterzeichnet sein, um ist es an der Zeit, die Erfüllung alles dessen zu fordern, was mit der Revolution bisher noch nicht gebracht hat. Es wird einen heißen Kampf geben, der von den Arbeitern nicht mit Maschinenwörtern und Handgranaten ausgedehnt zu werden braucht. Die Arbeiterbewegung wird als Sieger hervorgehen, wenn sie einig und geschlossen vorgeht und sich besser immer nicht durchläßt, welche Kraft ihr durch ihre Stellung im Produktionsprozeß gegeben ist.

Das Abblitzergesicht des Grafen Brodorski-Kanhou.

Der Reichsminister des Auswärtigen, Graf Brodorski-Kanhou, hat die Gründe seiner Demission in einem Schreiben an den Reichspräsidenten dargelegt. Am dem Schreiben heißt es:

Die auswärtige Politik, die ich geführt habe, konnte sich nur auf geistige Waffen stützen. Deutschland war durch seine militärische Niederlage, seine politische Isolation und durch die wirtschaftlichen Bedrückungen des Waffenstillstandes als materielle Machtlosigkeits ausgesprochen. Trotzdem glaube ich, sagen zu dürfen, daß es mir möglich gewesen ist, seinen politischen Kredit im Ausland zu heben. Ich spreche diesen Erfolg dem Umstand zu, daß ich die Rolle, die ich die auswärtige Politik des Reiches anlegte, in meinem Augenblick verlassen habe.

In vollem Bewußtsein ihrer Tragweite habe ich für den kommenden Frieden gewisse Mindestforderungen in so scharfer Form aufgestellt, daß ich sie nicht fallen lassen kann.

ohne mich als einzig zu schuldigen Vertreter selbst auszusprechen. Diese Mindestforderungen begreifen sich notwendig auf die territorialen Fragen, auf die Wahrung der ungeschwächten Beschäftigung unserer Völker und auf die Wahrung unserer sozialen und wirtschaftlichen Freiheit. Es ist nicht ohne Grund, daß ich diesen Fragen vor der Cassanovawahl festgelegt und den Verbänden gegenüber gebunden, denn sie sollten wissen, daß ihrem Eigenwillen in einem festen Willen eine Grenze gesetzt war.

Nach dem Verfall der Cassanovawahl in der zurechtgefundenen Hoffnung, mit meiner Politik zu einem Erfolg zu kommen, wenn das deutsche Volk hinter mir stand und bereit war, die schweren Gefahren, mit denen die Feinde es bedrohten und einzuschließen versuchten, und die ich keinesfalls verlorne, auf sich zu nehmen. Die Verhandlungen in Weimar haben mich überzeugt, daß die Gründe der inneren Politik, besonders die überausgehende Auffassung von dem künftigen Zustand unserer Schwergewichtigen Völker, es für die Regierung unmöglich erscheinen lassen, den Einzug zu wagen, ohne den ich mein Ziel nicht gewinnen kann. Und es war — davon bin ich überzeugt — kein leichtfertiges Wagnis. Es fehlte nur Zeit und Geduld und die Zeit ist abgelaufen. Ich habe das Vertrauen in mich selbst und habe trotz allem das Vertrauen zum deutschen Volk nicht verloren. Das deutsche Volk ist jetzt in der Welt der Vorkämpfer der demokratischen Idee. Es handelt sich um eine Weltmission, die es berufen ist, zu erfüllen. Die es aber nur erfüllen kann, wenn es sich selbst nicht aufgibt. Die Illusion, ungewollte deutsche Vertreter einer Politik demokratischer Selbstbestimmung und sozialer Gerechtigkeit zu sein, ist durch die unerwartete Kampfsucht gegen den Kapitalismus und Imperialismus, dessen Dokument der Friedensvertrag seiner Gegner ist, scharf von einer großen Zukunft.

In der Gegenwart heißt mich ich vor der Tür des Erfolges umkehren. So ist es für mich unmöglich geworden, die auswärtige Politik Deutschlands weiterzuführen. Ich will damit nicht behaupten, daß ein Reichsminister das Recht hätte, seine Mitarbeit zu verweigern, wenn der Inhalt der künftigen Entscheidungen der Regierung herbeiführt, die er jedoch für unrichtig hält.

Es kommt nicht darauf an, ob mir persönlich die Führung einer Politik, die auf Annahme der künftigen Friedensbedingungen aufgebaut ist, erträglich erscheint oder nicht. Ich würde es über für einen schweren Fehler und für die auswärtige Politik des Reiches als verhängnisvoll erachten, wenn ich jetzt in Anlehnung an die für jeden anderen deutschen Minister ist eine Schwankung in der Haltung gegenüber den Friedensbedingungen auch dem Ausland gegenüber möglich und gerechtfertigt, wenn die innere Politik sie gedenkt zu verlangen. Ein Minister des Auswärtigen, der diese Schwankung mitmacht, nachdem er sie öffentlich für sich abgelehnt hat, gefährdet aber die Würde und den Ansehen des Reiches. Hat ich meine Politik als ungeschwächte Fortsetzung, dann muß er vor dem Ausland Rechenschaft abgeben.

Wenn Deutschland bei den Friedensbedingungen der Entente annehmen, so ist der politische Erfolg, den diese ungeschwächte Opfer einbringen soll, die Verwirklichung unserer äußeren Lage, die Entspannung der Ost- und Westfronten, die Durchsetzung der künftigen Truppen, die Ausbesserung wichtiger Friedensbedingungen. Dieser Parteilichkeit würde gestiftet, welche ich gar preisgeben, wenn die neuen Bedingungen von denselben Namen angeknüpft werden müßten, der die Bedingungen der Entente so scharf demontieren hat wie ich.

Mit unterzeichnet, sei es mit oder ohne Vorbehalt, werden jetzt Wege gesucht, um durch Konzessionen über die von mir gestellte Grenze hinaus noch Erleichterungen der Friedensbedingungen zu erlangen, an die ich nicht glaube, so muß diese Politik von einem neuen Minister des Auswärtigen getrieben werden, von einem Manne, der weniger „belastet“ ist als ich. Ich danke sehr, der Regierung und namentlich Ihnen, hochgeachteter Herr Reichspräsident, durch meine Weigerung Schwierigkeiten zu bereiten, aber ich halte mich in meinem Gewissen als heute noch verantwortlicher Leiter der deutschen auswärtigen Politik für gebunden, an meiner Bitte um Enthebung von meinem Amte festzuhalten.

(1918) Brodorski-Kanhou.

In seiner Antwort hat Reichspräsident Ebert Brodorski-Kanhou den Dank ausgesprochen. Das Rücktrittsgesuch Brodorski-Kanhou's führt eine

erste und wirksame Strafe. Die auch den politischen Genuß annehmen berührt. Wenn seine auswärtige Politik angekündigt ist, so trifft ihn persönlich daran viel weniger schmerzhaft als die Regierung Scheidemanns, deren auswärtige Politik ebenso wie ihre innere Politik jedes Entgegen auf die Herbeiführung der wahren Demokratie und des Sozialismus beruht.

Schimpffreiheit.

Die rechtsstehende Presse nützt das noch alten Gesetzen den verurteilten Verbrechern zustehende Recht der Schimpffreiheit gründlich aus. Der Antrag zur Annahme des Gewaltfriedens ist ein Urteil, das über die nationalliberalen Urheber des Krieges gefällt worden ist, nur daß durch dieses Urteil nicht die Schuldigen getroffen werden, sondern daß darunter vor allem das Volk zu leiden hat. Jetzt noch dürfen die rechtsstehenden Blätter darüber schimpfen, daß die Unterchrift unter den Vertrag bedingungslos vollzogen werden muß; aber die Zeit wird kommen, in der das Volk mit diesen Streifen abrechnen wird.

Eine kleine Bilanz aus der rechtsstehenden Presse: „Kriegszeitung“: Das Schicksal Deutschlands lag in verärgerten Händen, die ganzloslos genug waren, in der entscheidenden Sitzung der Nationalversammlung den Eindruck vorzutäuschen, als ob ein Widerspruch gegen die Unterzeichnung bestünde. Doch die letzte Stunde ist zu spät, um sich mit dem Preussischen Abgeordneten über die Unterzeichnung auseinandergesprochen. Er hat sich zum Mitschuldigen der anderen gemacht. Würde es nicht so, hätte diese wichtige Sitzung der Nationalversammlung, die das Schicksal des deutschen Volkes beschied, eine belanglose Partein.

In Paris und in London wachen heute die Führer von den Dächern. Wir können unter Flaggengeldern nicht einmal dankbar sein. Denn das Schicksal des Deutschen Reiches ist besudelt und entehrt. Die Revolution, die dem Volke die Freiheit geben wollte, hat es in die Anarchie und in die Verwirrung gestürzt. Wir, die wir die herrlichen Seiten von Deutschlands Größe noch erleben dürfen, wie können, zum mindesten ein wenig im Dagen und mit nur mühsam zurückgehaltener Empörung, noch leben in der Erinnerung an das monumentale Werk Reich und in der Erinnerung an die Überreste seiner Kinder und Enkel werden an der Anarchie doppelt schwer tragen. Deshalb ist es unsere Pflicht, den allen Freutragern, den weder unsere Feinde noch die Nichtertrug revolutionärer Staatsgesinnung vernichten kann, weiter zu pflegen. Aus ihm muß die Rettung der Nation geboren werden. Unsere Feinde haben den Haß geübt. Wir werden dieses Samenfeld pflegen, bis das Volk fast genug ist, die entsetzten den Feinden wieder abzukreifen.

„Deutsche Tageszeitung“: Wir haben den Diktator Bismarck der Schmach bis zur Krone trinken müssen. Noch heute im Laufe dieses Tages die Hoffnung auf, da die Führer des deutschen Offizierskorps, Männer, deren Namen mit kühner Begeisterung verbunden sind, der Regierung und ihrer Arbeit erwidern, so könnten sie nicht länger als ehrenhafte Männer dienen, wenn sie Deutschland durch den bedingungslosen Frieden schicksal macht. Das Zentrum macht gewiß Augenblicke lang geschweigt, es ist nicht angeht dieser letzten Maßnahme über aus der Regierung austreten sollte, was zur Folge gehabt hätte, daß auch die Sozialdemokraten niederlegten und die Entente dann hätte keine deutsche Regierung gefunden hätte, von der sie das Bekanntnis deutscher Schwäche erwarten konnte. Was den Ausschlag gab, daß es nicht so kam, ist zur Stunde noch nicht bestimmt bekannt. Wenn aber das deutsche Offizierskorps und mit ihm alle ehrenhaften Soldaten von heute ab, trotz alledem die Sache ihrer Pflicht weiter zu schließen gewillt sind, so hat die höchste politische Rechtfertigung jenes vielbesprochenen Geistes von Hindenburg, der sein eigenes Ehr- und Pflichtgefühl als einzige Norm kennt, als zum letzten Abzug.

„Volk“: Was unser jetzt lautet, ist kein Leben, sondern ein Weggelassen unter dem Diktatorismus der Ententebedingungen, auf deren rücksichtsloser Durchsetzung die Entente bestehen wird. Wer möchte an die Revision des Vertrages glauben, von dem das Memorandum der Entente als einer höheren Möglichkeit spricht und die jetzt den einzigen Rettungsweg bietet, die diesen Vertrag ihre Zustimmung geben? Wer möchte daran glauben, daß durch Verhandlungen, durch diesen diplomatischen Kampf eine Besserung dieser Bedingungen erreicht werden

diesem Dingen. Selbstverständlich als Vertreter der äußersten Linken nimmt sich etwas Besonderes in seiner Umgebung aus, seine Abwesenheit in der neuen Anwesenheit wird zum interessanten Experiment, wie sich Schützen und Arbeiter zu ihm stellen. In allen Wörtern zeigt sich ein solches Wollen. Das ist ein Preis für den Anfang und wir müßten nur wünschen, daß die Arbeiterklasse bei der Bewegung, an der Hand der Ausbreitung ihrer politischen Erziehungsvorträge zu leben, recht ege nachkommen möge. Da in der Hauptsache gute Graphik und Kunstblätter zu billigen Preisen zum Verkauf stehen, ist Gelegenheit reichlich zum Kauf gegeben.

Die Ausstellung ist geöffnet in der Baumgartenstraße, Hauptstraße 141 vom 21. bis 26. Juni von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends und soll als Wanderausstellung durch die anderen Bezirke Berlins weitergeführt werden.

Expressionistische Plastik.

Im „Sturm“, Potsdamer Straße 148a, Eintritt 1.50 Mk., stellt der Bildhauer Oswald Herzog mehr als 20 plastische Arbeiten, dazu Zeichnungen und Gemälde auf, die, beginnend mit dem Jahre 1910, eine Entwicklung vom Naturalismus zum „absoluten Expressionismus“ zeigen sollen. Oswald Herzog hat als der erste deutsche Bildhauer zu gelten, der sich dem Expressionismus zuwendet. Wir haben sein früheres expressionistisches Arbeiten mit großer Teilnahme verfolgt, müssen aber heute mit Bedauern sehen, daß sich Herzog in eine Sackgasse verannt hat. Herzog ist ein großer Zeichner, kaum zu seinem eigenen Vorteil. Ich möchte auf das Expressionistische nicht eingehen. Anzunehmen ist, es sei zuversichtlich, daß die Kunst nichts weiter als Ausdruck innerer Bewegungsvorgänge (sei, dieses „nichts weiter als“) Dinge im Grunde von Künstlern immer schmerzlich), so finden wir doch jedenfalls diese inneren Bewegungsvorgänge, die Herzog und jetzt vorführt, keineswegs sehr interessant. Wer geliebte Phantasie hat, spricht in der Kunst nicht von „nichts weiter als“ und erfindet ganz andere Formen als diese paar Klaffen, Kugeln, Spigen und Fäden. Nein, das genügt mir nicht als expressionistische Plastik! Ich warte auf Drogen und Bekleidungen auf Exzesse, Geats — auf letzte harte soziale Paumen. — Ein Zeichen ist außer dem Beweis im „Rebeldrat für Kunst“ ergötzen Kabeck für ein Kunsthaus, das hier nur schlecht aufgestellt ist.

Abblitz.

I.
Feind aber nicht die „große Welt“!
Und manchmal wird der Abschied schwer. Am letzten Preis war er zu bewegen, ein Ende zu machen, um jeden Preis war er auf Verzögerung bedacht, schon weil er zur Zeit des großen Nordens stets in fester Gut fand, und nun erst recht bei der heutigen Weltveränderung andere für sich hätte leiden lassen dürfen.

Wie gerne hätte man das Spiel des großen Spektakels zu Ende getrieben. Noch war der gesamte Phrasenschatz nicht erschöpft, noch hätte man „beste nationale Schmach“ nicht erreicht, noch hätte der „Feind“ die Hauptstadt nicht besetzt, noch fehlten einige Kapitelüberschriften.

Und manchmal Schreiber tut es in der Seele weh, wenn er nicht in äußerster patriotischer Verzweiflung schwadronieren kann. „Sieber ist als Sklave“ — meine Lieben, niemand will euch töten, niemand will euch verfluchen. Nicht euch nicht lächerlich. Es steht alles bei euch.

II.
Vorbei die elendeste aller Zeiten. Die in unserem Gedächtnis immer als Schmach beladener Menschheit weiterkommen wird. Vorbei die Tage der Massenmorde, gewalttätiger Eingriffe in eigene Angelegenheiten willkürlicher Freiheitsberaubung, gewaltlosen Zwangsmaßnahmen, elender Kastration von Körper und Geist, gemachter Bekehrung zu Kompromissen und Verzweiflungen.

Wenig die Zeit, in der man nicht nur ungestraft töten konnte, sondern sogar Strafe auf Mordanschläge setzte. Vorbei die Zeit des großen Worts und Gesangs, der Hochzeiten und Unerschöpfung, der höchsten Propheeten, Wohltäter und Selbstverleugner, vorbei die Zeiten der Ausbeutung aller zum Wohl weniger — angeblich zum Wohl der Gesamtheit. Vorbei die Zeit, in der Millionen gemordet, Millionen dem Tode preisgegeben wurden, Millionen ihre besten Vorsätze brechen mußten, Millionen belogen wurden, Millionen sich belügen ließen, Millionen durch den Zwang der Umstände vertrieben wurden, Gesänge zu treiben, welche andere Millionen ins Grab brachten.

Reimt Abschied. Wir fangen ein neues Leben an.

III.
Vergesst nie unsere Schuld! Unlösbar bleibt diese Schuld von uns allen, die wir nie für eine Reberzeugung eingestuft

gestritten und aber läßt mit demoffener Hand Beistand geleistet haben, sogar wenn wir ahnten oder wußten, wie es in Wahrheit um die Dinge stand. Vergeht aber auch nie alle diejenigen, welche unter einer Missverständigen Diktatur in Notern gelitten und endlich dennoch die Erlösung gebracht haben.

IV.
Die Welt öffnet sich wieder. Gehet hin und lebet alle Völker: Nie wieder! Jeder werde Gewalt seines eigenen Daseins, jeder besorge sein Leben selbst. Nie wieder werde Menschen die Möglichkeit gegeben, Menschen zum Tode aufzufordern zu dürfen. Nie wieder sollen Menschen Gewalt über Menschen haben. Vervollt die Schranken der Nationen, der Klassen, des Kastens. Macht ein Ende und macht einen Anfang. Morgen steht solchen Bewaffnete nach Deutschland stehen. Morgen steht die Menschheit aufbrechen. Nie wieder werden sie uns fangen. Nie wieder folgen wir dem Ruf einer roten Partei. Im Ozean von Blut eroffe eine Weltveränderung.

Eure Zeit ist aus.
Auchere Zeit beginnt.

Kurt Kersten.

Eine Arbeiter-Ausstellung.

Die Leiter der „Genossenschaft sozialistischer Künstler“ wollen ihr großangelegtes Programm schnell erfüllen. So ist zu begrüßen, daß diese Parteigenossen die Gelegenheit wahrnehmen und die Frage aufwerfen, welche Bilder nun in den Schulen an Stelle der zu unverständlichen Kaiserbildern treten sollen. Durch das Engagement der Stadt Berlin kam nun eine Ausstellung zustande, in der die junge Genossenschaft zum ersten Male ihre Leistungen zeigt.

Im ersten Augenblick verblüfft das Arrangement der Ausstellung, als wären hier alle Kontinente an der Arbeit gewesen. Ganz ist, daß der Durchschnitt gute Qualitätsware darstellt, darunter aber tatsächlich Neues und Kühnes, mehrheitlich bisher unbeschriebene Namen, wie z. B. der junge Karl Holz, Pfeffer, Wiest, Tarnis u. a. m. Die Bilder Balduchs, Käthe Kollwitz, die Radierungen Heinrich Weglers-Worpdawe, einige Aquarelle von August und die famose Bronzestücke Kollwitz von Julius Ochs dominieren, sozialistische Kunst im besten Sinne zeigt sich in

